

Harvard kämpft gegen Trumps unfaire Angriffe Der Widerstand wächst!

Erfahren Sie alles über die Entwicklungen an der Harvard-Universität unter der Trump-Regierung und die Auswirkungen auf internationale Studierende.



Würzburg, Deutschland - In den letzten Wochen hat Harvard University, eine der renommiertesten Bildungseinrichtungen der Welt, im Licht der Politik von Donald Trump für Furore gesorgt. Trump hat nicht nur die Universität ins Visier genommen, sondern auch die Beziehungen zwischen seiner Administration und der Hochschule auf ein neues Niveau der Gereiztheit gehoben. Wie **Spiegel Online** berichtete, hat sich Harvard zur Speerspitze des Widerstands gegen Trumps Politik gemacht. Doch diese Konfrontation kam für viele überraschend und wurde als ungeschickt wahrgenommen.

Die Spannungen begannen ernsthaft am 11. April 2025, als die Trump-Administration den Universitätspräsidenten kontaktierte.

In einem Schreiben wurde Harvard vorgeworfen, nicht die Bedingungen für Bundesinvestitionen zu erfüllen. Die Behörde forderte unter anderem Änderungen in der Governance und ein Audit zur Meinungsvielfalt. Als Harvard nicht nachgab, wurden am 14. April über 2,2 Milliarden Dollar an Zuschüssen eingefroren, zusätzlich zu 60 Millionen Dollar an Verträgen. Laut **ABC News** folgte wenig später ein Aufruf von Trump, die Steuerbefreiung der Universität zu prüfen.

Rechtliche Auseinandersetzungen und politische Scharmützel

Um die Situation zu verschärfen, forderte die Ministerin für Innere Sicherheit, Kristi Noem, Informationen über alle internationalen Studierenden mit F1-Visa, was als Drohung gegen Harvards Programm für internationale Studierende interpretiert wurde. Am 21. April sah sich Harvard gezwungen, Klage gegen die Trump-Administration einzureichen, nachdem die Grants eingefroren wurden. Die Rechtstreitigkeiten spitzen sich weiter zu, als die Federal Department mehrere Zuschüsse strichen und Notifikationen über die Beendigung von Förderungen versandten.

Die Klimax dieser Auseinandersetzung konnte am 4. Juni 2025 beobachtet werden, als Trump ein Dekret unterzeichnete, das ausländischen Studierenden für mindestens sechs Monate die Einreise zu Studienzwecken an Harvard untersagte, da die Universität in seinen Augen nicht als zuverlässiger Aufseher für internationale Studierende galt. Doch ein Richter erließ eine einstweilige Verfügung gegen diesen Schritt, unter Berufung auf die First Amendment-Rechte Harvards und die überschreitende Exekutivautorität Trumps.

Einblick in die Situation und die Reaktionen

Die derzeitige Lage zeigt, dass Harvard nicht bereit ist, sich geschlagen zu geben. Auch die ständigen rechtlichen

Auseinandersetzungen deuten darauf hin, dass die Universität und ihre Vertreter gewillt sind, für die Rechte ihrer Studierenden und die Unabhängigkeit der Institution zu kämpfen.

Währenddessen wird die öffentliche Meinung zu dieser Angelegenheit weiterhin polarisiert dargestellt. Die Universität sieht sich nicht nur als akademische Institution, sondern auch als einen Ort des politischen und sozialen Widerstands.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich Harvard unter Trump in eine äußerst angespannte Lage manövriert hat, die weitreichende Folgen für die Politik im Bildungsbereich in den USA haben könnte. Auch die Zukunft internationaler Studierender an Harvard bleibt ungewiss. Die Entwicklungen rund um die Universität bleiben deshalb ein heißes Thema, das zudem das Potenzial hat, auch die Debatte über die Rolle von Hochschulen in der Gesellschaft zu verändern.

Details	
Ort	Würzburg, Deutschland
Quellen	• www.spiegel.de • abo.spiegel.de • abcnews.go.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de